



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 19.12.2022  
C(2022) 9327 final

**DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION**

**vom 19.12.2022**

**über die Finanzierung der Sondermaßnahme 2022 zugunsten der Bevölkerung  
Myanmars/Birmas**

# DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 19.12.2022

## über die Finanzierung der Sondermaßnahme 2022 zugunsten der Bevölkerung Myanmars/Birmas

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates<sup>2</sup>, insbesondere auf Artikel 23 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Damit die Durchführung der Sondermaßnahme 2022 für die Bevölkerung Myanmars/Birmas gewährleistet werden kann, ist die Annahme eines jährlichen Finanzierungsbeschlusses erforderlich, der das jährliche Arbeitsprogramm für 2022 darstellt. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 (im Folgenden die „Haushaltsordnung“) sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV erlassenen restriktiven Maßnahmen festgelegt sind<sup>3</sup>.
- (3) Die Ziele der im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/947 zu finanzierenden Maßnahme des geografischen Programms „Asien und Pazifik“ bestehen darin, einen Beitrag zu den Bemühungen um Friedenskonsolidierung, Sicherheit, Stabilität und nachhaltige Entwicklung in Myanmar/Birma zu leisten, die Bildung und den kontinuierlichen Zugang zu hochwertiger, inklusiver und gleichberechtigter Grundbildung für die am stärksten benachteiligten Kinder und Jugendlichen wieder aufzunehmen und die grüne Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum in Myanmar zu unterstützen.

<sup>1</sup> ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

<sup>2</sup> ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1.

<sup>3</sup> [www.sanctionsmap.eu](http://www.sanctionsmap.eu). Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

- (4) Mit der Machtübernahme durch das Militär am 1. Februar 2021 wurde der demokratische und sozioökonomische Wandel in Myanmar/Birma abrupt zum Stillstand gebracht und das Land wieder unter Militärherrschaft gestellt. In den Schlussfolgerungen des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) vom 22. Februar 2021 (Dok. Nr. 6287/21) wird gefordert, die Militärregierung nicht zu legitimieren und gleichzeitig die Bevölkerung von Myanmar/Birma, insbesondere die vulnerabelsten Gruppen, weiterhin zu unterstützen. Unter diesen unvorhergesehenen Umständen ist es nicht möglich, ein Mehrjahresrichtprogramm mit der Militärregierung zu vereinbaren, und in Ermangelung alternativer Finanzierungsquellen ist eine Sondermaßnahme erforderlich, um Unterstützung für die Bevölkerung und die Zivilgesellschaft zu gewährleisten und gleichzeitig eine direkte oder indirekte Unterstützung der staatlichen Systeme und Strukturen zu vermeiden.
- (5) Die Maßnahme mit dem Titel „EU-Reaktionsmechanismus (Nexus)“ zielt darauf ab, einen Beitrag zu den Bemühungen um Friedenskonsolidierung, Sicherheit, Stabilität und nachhaltige Entwicklung in Myanmar/Birma zu leisten.
- (6) Die Maßnahme mit dem Titel „Hochwertige Grundbildung für Kinder (QBEP4Children)“ zielt darauf ab, das Lernen und den kontinuierlichen Zugang zu hochwertiger, inklusiver und gleichberechtigter Grundbildung für die am stärksten benachteiligten Kinder und Jugendlichen wieder aufzunehmen. Die Kommission sollte – vorbehaltlich des Abschlusses einer entsprechenden Vereinbarung – Beiträge anderer Geber nach Artikel 21 Absatz 2 der Haushaltsordnung anerkennen und annehmen. Bei nicht auf Euro lautenden Beiträgen sollte eine angemessene Schätzung des Umrechnungsbetrags vorgenommen werden.
- (7) Die Maßnahme mit dem Titel „Sicherung der Energieversorgung und Wandel in ländlichen Gebieten Myanmars/Birmas (SENTRUM)“ zielt darauf ab, die grüne Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum in Myanmar/Birma zu unterstützen.
- (8) Nach Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/947 sind die Maßnahmen im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchzuführen.
- (9) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 154 Absatz 3 der Haushaltsordnung vorgesehenen Maße geschützt werden. Zu diesem Zweck sind die Systeme und Verfahren dieser Stellen und Personen nach Artikel 154 Absatz 4 der Haushaltsordnung<sup>4</sup> zu bewerten und erforderlichenfalls nach Artikel 154 Absatz 5 der Haushaltsordnung geeigneten Aufsichtsmaßnahmen zu unterziehen, bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann.
- (10) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (11) Im Interesse einer flexiblen Durchführung der Maßnahme sollten Änderungen zugelassen werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell anzusehen sind.
- (12) Die in diesem Beschluss vorgesehene Sondermaßnahme entspricht der Stellungnahme des gemäß Artikel 45 der Verordnung (EU) 2021/947 eingesetzten Ausschusses für das NDICI/Europa in der Welt —

---

<sup>4</sup> Außer in den in Artikel 154 Absatz 6 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 genannten Fällen, in denen die Kommission beschließen kann, keine Ex-ante-Bewertung zu verlangen.

BESCHLIEßT:

*Artikel 1*  
*Die Maßnahme*

Der jährliche Finanzierungsbeschluss, der die Jahresmaßnahme zur Durchführung der in den Anhängen dargelegten Sondermaßnahme zugunsten der Bevölkerung Myanmars/Birmas für das Jahr 2022 darstellt, wird angenommen.

Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:

- a) „EU-Reaktionsmechanismus (Nexus)“ gemäß Anhang I;
- b) „Hochwertige Grundbildung für Kinder (QBEP4Children)“ gemäß Anhang II;
- c) „Sicherung der Energieversorgung und Wandel in ländlichen Gebieten Myanmars/Birmas (SENTRUM)“ gemäß Anhang III.

*Artikel 2*  
*Beitrag der Union*

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung der Sondermaßnahme zugunsten der Bevölkerung Myanmars/Birmas für das Jahr 2022 beläuft sich auf 60 000 000 EUR und wird aus Mitteln finanziert, die unter der folgenden Haushaltslinie des Gesamthaushaltsplans der Union eingestellt wurden:

- Haushaltslinie 14 02 01 31 Süd- und Ostasien

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

*Artikel 3*  
*Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen*

Die Durchführung der Maßnahmen, bei denen nach Maßgabe der Anhänge die indirekte Mittelverwaltung zur Anwendung kommt, kann Stellen oder Personen übertragen werden, die unter Nummer 4.3.1 der Anhänge I, II und III genannt oder nach den dort aufgeführten Kriterien ausgewählt werden.

*Artikel 4*  
*Flexibilitätsklausel*

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 000 000 EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder Änderungen der Mittelzuweisungen für einzelne Maßnahmen, die in der Summe<sup>5</sup> 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen des Umsetzungszeitraums gelten nicht als substantiell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

---

<sup>5</sup> Solche Änderungen können sich daraus ergeben, dass nach der Annahme des Finanzierungsbeschlusses zweckgebundene Einnahmen verfügbar werden.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

Brüssel, den 19.12.2022

*Für die Kommission  
Jutta URPILAINEN  
Mitglied der Kommission*